

URL: /in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1274255

Klimaschutz

Industrie attackiert Pläne der Regierung

VON JOACHIM WILLE

Die deutsche Industrie macht Front gegen die Klimaschutz-Pläne von Bundesregierung und EU. Das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu senken, gefährde bis zu eine Million Arbeitsplätze, erklärte der BDI am Freitag. Das Bundesumweltministerium wies dies scharf zurück. Das Energie- und Klimaprogramm der Regierung schaffe unter dem Strich neue Jobs, hieß es dort.

Auch Ökonomen halten die Warnung für stark übertrieben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezeichnete die BDI-Zahl als "unrealistisch". DIW-Professorin Claudia Kemfert verwies darauf, dass etwa die Förderung der erneuerbaren Energien stark positive Effekte auf den Arbeitsmarkt habe. In der Branche und bei Zulieferern, darunter Stahlindustrie und Maschinenbau, seien 236 000 neue Jobs entstanden. Einen Boom werde es auch auf dem Bau geben, da zum Beispiel Millionen Alt-Gebäude wärmedämmung werden müssen. In der Umwelttechnik insgesamt existierten 1,6 Millionen Jobs.

Kemfert erinnerte an die jüngst vom BDI selbst vorgelegte Studie, wonach eine CO₂-Minderung um 30 Prozent betriebs- und volkswirtschaftlich ohne große Probleme zu schaffen sei. Bisher hat Deutschland die Emissionen bereits um 19 Prozent gesenkt. Das Ziel der Regierung, 40 Prozent zu erreichen, sei zwar "ambitioniert, aber machbar". Bei kostenorientierter Wahl der Instrumente seien keine volkswirtschaftliche Verwerfungen nicht erwarten. Auch möglicher Jobverlust halte sich in Grenzen.

Brüssel prüft Lastenteilung

Der Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, sieht die Klimapläne der EU, die kommende Woche vorgestellt werden, als "Beginn einer industriellen Revolution". Das europäische Energiesystem werde sich etwa durch den Ausbau der erneuerbaren Energien auf einen Anteil von mindestens 20 Prozent bis 2020 "völlig verändern". Aktuell liegt er EU-weit erst bei 8,5 Prozent.

Die EU-Kommission erarbeitet derzeit daran, wie stark jedes EU-Land beitragen muss - ausgehend vom bisher teils sehr unterschiedlichen Stand. In Brüssel ist zu hören, dass Deutschland von knapp sechs auf 18 Prozent "Erneuerbare" zulegen soll. Edenhofer sagte, dies sei "durchaus zu schaffen".

Edenhofer hält eine stringente Fortentwicklung des Emissionshandels für notwendig, um die EU-Klimaziele zu erreichen. Die an Stromkonzerne und die Industrie ausgegebenen CO₂-Zertifikate müssten von 2012 an versteigert und nicht mehr kostenlos abgegeben werden. Edenhofer: "Das ist der einzig richtige Weg, damit das CO₂ einen Preis erhält und in die Kalkulation der Unternehmen eingeht." Heute kostet die Tonne CO₂ an der Börse fast nichts; nötig sei ein Preis von rund 30 Euro.

Ausnahmen befürwortet der Ökonom nur für wenige Branchen wie Stahl, Alu oder Zement. Hier drohten sonst Betriebsverlagerungen ins Nicht-EU-Ausland. Dies müsse verhindert werden.

Kommentar: **Jobmacher**

[document info]

Copyright © 2008

Dokument erstellt am 18.01.2008 um 17:40:02 Uhr

Letzte Änderung am 18.01.2008 um 19:09:32 Uhr

Erscheinungsdatum 19.01.2008